

Vollbeschäftigungsstrategie Fehlanzeige

Jochen Wiemken – Quelle: www.spd.de - 31. Mai 2011

Ungeachtet der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt wächst die Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Opposition, Sozialverbände und Gewerkschaften forderten die Arbeitsministerin auf, die Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktförderung sofort rückgängig zu machen – ansonsten drohe ein gespaltenen Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit ist im Mai unter die Schwelle von 3 Millionen auf eine Quote von 7 Prozent, im Osten auf 11,3 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es fast 700.000 sozialversicherte Arbeitsplätze mehr, wenn auch noch fast die Hälfte in Teilzeitbeschäftigung.

Endlich hat Deutschland die Chance, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen. Doch die Bundesregierung hat in der letzten Woche die finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammen gestrichen. Von 2012 bis 2015 sollen 8 Milliarden Euro eingespart werden.

Nahles: Jetzt Langzeitarbeitslosigkeit angehen

Auch wenn es paradox klingen mag: Gerade wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt, müssen die Eingliederungsbemühungen für Langzeitarbeitslose verstärkt werden. Auf dieses Ziel der aktiven Arbeitsmarktförderung wies bereits in der letzten Woche SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles hin. Sie wirft Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vor, mit der Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine „Riesenchance“ leichtfertig zu verspielen.

Studie belegt dramatische Entwicklung für Langzeitarbeitslose

Unterdessen wächst die Kritik an den Kürzungen der Hilfen für Langzeitarbeitslose: Der Paritätische Wohlfahrtsverband stellte heute eine aktuelle Studie zur Zukunft der Beschäftigungsunternehmen vor. Sie belegt dramatische Entwicklungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose. Insgesamt wird für 2011 eine Reduzierung der Maßnahmen um bis zu 40 Prozent erwartet. „Was wir hier erleben, ist Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne“, sagt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Wenn die Bundesregierung nicht umgehend die Notbremse ziehe, werde sich die Instrumentenreform „als ein weiterer Sargnagel für die öffentlich geförderte Beschäftigung und für die Integration schwerstvermittelbarer Arbeitsloser entpuppen“, warnt er.

DGB fordert Korrektur der Arbeitsmarktreform

Dass Ministerin von der Leyen genau in dem Moment, in dem man für die Langzeitarbeitslosen mehr tun müsste, die Programme kürzt, kritisiert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere Ältere, Geringqualifizierte und Schwerbehinderte auf der Strecke bleiben“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die Reform der Arbeitsmarktinstrumente zu korrigieren und besonders Risikogruppen verstärkt zu fördern.

SPD warnt vor Spaltung des Arbeitsmarktes

Auch der Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil warnt vor einem gespaltenen Arbeitsmarkt - mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen und partiellem Fachkräftemangel auf der anderen Seite. „Frau von der Leyen streicht die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammen und nimmt Menschen, die lange arbeitslos sind, damit die Chance, in Erwerbsarbeit zu kommen.“

Mindestlohn würde 5 Millionen Menschen helfen

Zugleich ignoriere Schwarz-Gelb, dass immer mehr Menschen von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können und aufstockende Sozialhilfe beantragen müssen. Mitte Mai ist die Zahl der Aufstocker erneut gestiegen. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen verbessern und den Haushalt mit mehr als sieben Milliarden Euro entlasten. „Ich fordere Schwarz-Gelb auf, die Blockade gegen den Mindestlohn endlich aufzugeben.“